

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.  
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig. Bestellschluss 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-  
heriger Gehühreneinbarung auf Postfach 11502, Post-  
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

## Die bösen Gewerkschaften sind schuld.

Der bekannte schwedische Volkswirtschaftler Cassel nimmt im „Berliner Börsen-Courier“ zu der englischen Finanzkrise Stellung. In diesem Artikel glaubt dieser Herr, den Gewerkschaften die Schuld an dem Zusammenbruch in die Schuhe schieben zu können. Dies geschieht in folgender Weise: „Während das Weltpreisniveau der letzten zwei Jahre unaufhörlich gefallen ist, haben die englischen Gewerkschaften selbst im großen ein unverändertes Lohnniveau aufrechterhalten. Dadurch wird eine Störung der natürlichen wirtschaftlichen Gleichgewichtslage bewirkt, die auf die Dauer zu ganz unhaltbaren Gegensätzen führen muß. Die nächste Folge wird eine steigende Arbeitslosigkeit sein; wenn die Regierung derselben mit wachsenden Unterstützungen der Arbeitslosen begegnet, ruiniert sie die Staatsfinanzen und setzt das Land einem wachsenden Mißtrauen aus. Gleichzeitig wird in dieser Weise eine Kaufkraft der Bevölkerung aufrechterhalten, die zu einer fortgesetzten Wareneinfuhr im großen Umfang führt. ... Das jetzt Gelebene muß eine sehr kräftige Warnung sein gegen die Fortsetzung der entarteten Unterstützungs- politik und der sozialistischen Experimente. Da die Unbeweglichkeit des englischen Lohnniveaus England an derjenigen Herabsetzung der nominalen Kaufkraft der Bevölkerung verhindert, die notwendig war, um das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz wiederherzustellen, wurde die englische Politik vor die Wahl zwischen zwei verschiedenen Programmen gestellt.“

Diese Auslassung einer Kapazität im internationalen Finanzwesen wird wahrscheinlich in allen Ländern nachgebetet werden. In dieser und ähnlicher Weise wird der Sturm auf den Lohnstandard der Arbeiter begleitet sein. Angesichts dieser Hege gegen die Arbeiter ist es an der Zeit, zu Gegenmaßnahmen zu schreiten. In Deutschland liegen die Verhältnisse ähnlich wie in England. Auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress kündigte der Kollege Seipart ein Zusammenwirken der deutschen und englischen Gewerkschaften an, wenn es sich durch den Gang der Verhältnisse erforderlich machen sollte. Uns scheint, daß dieser Augenblick durch die englische Finanzkrise gekommen ist. Die Gewerkschaften der beiden Länder müssen sich, vielleicht unter der Führung des IGB., die schwierige Lage miteinander beraten und Maßnahmen beschließen, die eine Befundung der Wirtschaft verheißen und den Lebensstandard der Arbeiterklasse zu wahren geeignet sind. Dies darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Es begann jenes rasche Abziehen der ausländischen Guthaben, wie wir es zuvor in Deutschland erlebt hatten. Die Bank von England hat in zwei Monaten etwa 200 Millionen Pfund oder 4 Milliarden Mark an Gold und Devisen verloren. Die Abzüge hatten in den letzten Tagen vor dem Zusammenbruch eine derartige Höhe erreicht, daß sich die englische Regierung am Sonnabend, dem 19. September, gezwungen sah, die Goldbeitragspflicht der Bank von England außer Kraft zu setzen. Das waren die Vorgänge, die zum Zusammenbruch des größten Weltzentrums geführt haben.

Die Entwicklung in den letzten Jahren hat zu eigentümlichen Zuständen geführt. Das Gold, jenes gelbe Metall, an das sich die Kulturwelt auf Gedeh und Verderb gebunden hat, hat sich an bestimmten Punkten festgesetzt. New York und Paris verfügen über zwei Drittel des gesamten Goldvorrats der Erde. Von den monetären Goldbeständen der Welt in Höhe von 51,6 Milliarden Mark besitzen USA, 20,8 Milliarden und Frank-

reich, 9,3 Milliarden. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt ein Goldbestand in Frankreich in Höhe von 226 Mt., in USA von 170 Mt., in England von 73 Mt. und in Deutschland von 23 Mt. An diesen Zahlen kann man ersehen, wie sich die internationale Macht verschoben hat. Nicht nur die wirtschaftliche Macht, sondern auch die politische hat sich in diesen beiden Ländern konzentriert. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer weltwirtschaftlich nicht zu ertragen. Es geht nicht an, daß zwei Länder ängstlich auf ihren Goldbeständen sitzen und die übrigen dadurch zu Sklaven gemacht werden. Würde die internationale Solidarität der Völker kein leerer Wahn sein, dann wäre diese Krise recht bald behoben. Aber ohne Konzessionen politischer und wirtschaftlicher Art werden Frankreich und die Vereinigten Staaten nicht bereit sein, auf ihre Machtposition zu verzichten.

Das Schicksal der Arbeiterklasse in Deutschland, England und vielen anderen Ländern ist jetzt erneut in Frage gestellt. Der Aufstieg aus dieser furchtbaren Lage wird sich nun um so schwieriger gestalten. Es werden Pläne erwohnt, das Pfund auf der Basis von vier Dollar gleich 16,80 Mt. zu stabilisieren. Dadurch würde eine

künstliche Schutzmauer um England errichtet und der Weltmarkt sehr gestört werden. Nach England geht ein großer Teil der Industriewaren der europäischen Exportstaaten. Durch eine Entwertung der Sterlingwährung würden diese Länder Schwierigkeiten großer Art zu überwinden haben, um ihre Handelsbilanz auszugleichen. Für Deutschland kommt noch hinzu, daß der deutsche Export in der Hauptsache in der Sterlingwährung finanziert wurde. Alle Finanztransaktionen, die in Pfund vorgenommen wurden, stehen heute mehr oder weniger ungesichert da. Die Verluste werden nicht gering sein. Man kann im Augenblick die mutmaßlichen Folgerungen der englischen Finanzkrise nur andeuten. Eines ist jedenfalls sicher: die Liquidation der Weltkrise wird wiederum auf eine längere Zeit hinausgeschoben. Das Elend der Massen diesseits wie jenseits des Ozeans wird anhalten und sich noch verschlimmern. Wir stehen vor einem furchtbaren Winter. Durch solche Katastrophen werden alle Maßnahmen, diesen Winter einigermaßen heil zu überwinden, wiederum in Frage gestellt. Es scheint fast, als ob alle Teufel losgebunden wären, damit die Menschheit nie zur Ruhe und in den Genuß eines sorgenfreien Daseins kommt. Der Kapitalismus wird durch einen scharfen Sturm geschüttelt. Leider müssen die Völker darunter entsehrlich leiden. Wann kommt endlich die Befreiung von diesen unsichtbaren Ketten?

## Um das Schicksal der Arbeitslosen.

Annähernd 5 Millionen Arbeitslose werden Ende September d. J. in Deutschland gezählt werden. Im Verlauf der nächsten Monate wird diese Massenarbeitslosigkeit weiter steigen und der Winter sicherlich 6 bis 7 Millionen Arbeitslose bringen. Die Reichsregierung bemüht sich im Schweiße ihres Angesichts, einen Ausweg aus dieser schwierigen Situation zu finden, ohne den Kapitalisten dabei weh zu tun.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben am 25. September im Saale des ehemaligen Herrenhauses in Berlin eine große öffentliche Kundgebung veranstaltet, um noch einmal den verantwortlichen Stellen den Ernst der Situation vor Augen zu führen.

Als erster Redner sprach Kollege Franz Spließ über

### Arbeitslosigkeit — Arbeitsbeschaffung.

Er schilderte sehr eindringlich die materielle und seelische Not der Arbeitslosen. Eine schnelle Lösung der Weltwirtschaftskrise sei nicht zu erwarten. Daher müssen alle Bemühungen darauf konzentriert werden, Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Die Unternehmer bezeichnen die Arbeitsbeschaffung durch den Staat als Fehlleitung, sind jedoch immer dafür zu haben, daß ihnen derselbe Staat Subventionen und große Aufträge zukommen läßt. Die Brauns-Regierung hat seinerzeit ausgesprochen, daß die derzeitige Wirtschaftslage dazu zwingt, auf Grund öffentlicher Kredite neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Trotz der Schwierigkeiten, im Augenblick Kapitalien frei zu machen, gelte es die noch gegebenen Möglichkeiten voll auszuschöpfen, um neue Arbeiten durchzuführen.

Vielfach würden vorhandene Mittel falsch eingesetzt. Eine unerträgliche Verschwendung sind die direkten und indirekten Subventionen an die Landwirtschaft. Zusammen mit den aus dem übersteigerten Zollluch resultierenden Ueberpreisen werden der Landwirtschaft jährlich rund 3 Milliarden Mark zugewandt. Zur Stärkung der deutschen Banken und vieler Großbetriebe sind in den verflohenen Wochen Millionen festgelegt. Dringend notwendig sei die Senkung der Rohstoffpreise und der Lebenshaltungskosten, um die Kaufkraft des deutschen Arbeiters zu stärken.

Statt dessen zerstört man die Kaufkraft des deutschen Arbeitnehmers immer mehr. Die Löhne sind im Laufe des letzten Jahres um 15 bis 18 Proz. gesunken, sehr viel härter als die Lebenshaltungskosten. Die verhängnisvolle These vom Segen des Lohnabbaues treibt uns der Katastrophe entgegen.

Der freiwillige Arbeitsdienst droht zu einer neuen Gefahr für den Arbeitsmarkt zu werden, weil von ihm ein unerträglicher Schanddruck ausgeht. Die Vorschläge des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, verlangen ernste Würdigung in allen Ländern. Wer Arbeit schaffen will, muß das internationale Vertrauen festigen helfen.

Die Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche begegnet nicht unüberwindlichen wirtschaftlichen oder technischen Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber widerlegen sich vielmehr aus politischen Gründen, weil sie fürchten, daß die allgemeine Arbeitszeitverkürzung nicht genügend Raum läßt für die von ihnen geforderte weitere erhebliche Lohnsenkung. Ist die 40-Stunden-Woche auch kein Allheilmittel, so bietet sie doch im Augenblick die einzige sich sofort auswirkende Möglichkeit, 700 000 bis 800 000 Arbeitslose wieder in die Betriebe zurückzuführen.

Am Schluß seiner Ausführungen wandte sich Kollege Spließ gegen den Lohnabbau und weitere Senkung der Reallohne. Wir müssen herauskommen aus dem Pessimismus und den Mut zum Optimismus und zur Aktivität auf allen wirtschaftlichen Gebieten haben.

### Bauwirtschaft in der Krise

Ueber die Bauwirtschaft sprach Genosse Nikolaus Bernhardt, der Vorsitzende des Deutschen Bauwerksbundes. Die Krise hat zum Zusammenbruch der Bauwirtschaft geführt. Die Auftragserteilung für die Bauwirtschaft könnte, weil es sich hier um eine Schlüsselindustrie handelt, trübsam mildernd wirken. Zurzeit sind etwa 2 1/2 Millionen Arbeitnehmer von der katastrophalen Lage der Bauwirtschaft und ihrer verwandten Industrien und Gewerbe unmittelbar aufs schwerste betroffen. Zurzeit fehlen noch rund 600 000 Klein- und Klein-

wohnungen, und selbst nach den amtlichen Quellen müssen innerhalb des laufenden Jahres jährlich etwa 330 000 Wohnungen hergestellt werden.

Von den öffentlichen Körperlichkeiten fordern die Bauarbeiter, daß die unproduktiven Unterförderungsstellen, die für die Arbeitslosen verausgabt werden, zur Ausführung von Bauaufträgen Verwendung finden. Wird aus falscher Sparlichkeit der Straßenbau vernachlässigt, so werden Unterhaltungskosten der Straßen in den nächsten Jahren außerordentlich hoch steigen. Dazu kommt, daß durch den schlechten Zustand der Straßen der Kraftverkehr voranschreitend zurückgehen wird.

Arbeitsbeschaffung für die Bauwirtschaft ist eine volkswirtschaftlich wertvolle und bei Berücksichtigung der hunderttausende Arbeitslosen, die es gilt, vor dem vollkommenen Nichts und vor völliger Verzweiflung zu retten, eine staatspolitische Tätigkeit ersten Ranges. Die Hunderttausende von arbeitslosen Bauarbeitern verzichten gern auf Unterstützung, sie wollen Arbeit.

Ministerialdirektor Meyer vom preußischen Wohlfahrtsministerium wandte sich gegen die

### Bestrebungen zur Beseitigung der Hauszinssteuer.

Ueber die Höhe derselben werden bewußt falsche Vorstellungen gegeben, indem man mit dem Höchstbetrag von 48 Prozent der Friedensmiete operiert. Tatsächlich beträgt die Hauszinssteuer nur 15 bis 48 Prozent. Wenn die Hausbesitzer die rund 40 Milliarden Hypotheken, die den deutschen Sparern infolge der Abwertung ihrer Goldmarkhypotheken aus der Vorkriegszeit verlorengegangen sind, heute noch mit 5 Prozent verzinsen müßten, würden diese Lasten wesentlich höher sein als die Hauszinssteuer.

Bei der Reform der Hauszinssteuer muß der Steuerertrag die bisherige Höhe behalten. Sind doch diese Mittel zur Erhaltung der gegenwärtigen Wohnungswirtschaft erforderlich. Die Tatsache, daß heute eine Reihe von Wohnungen in Neubauten leerstehen, beweist nicht, daß keine Wohnungen vorhanden ist, sondern daß die Bevölkerung die geforderten Mieten zu bezahlen nicht in der Lage ist. Deshalb sei die Hauszinssteuer für Wohnungsneubauten mit tragfähigen Mieten für die unteren Schichten der minderbemittelten Bevölkerung auf Jahre hinaus notwendig.

Als letzter Redner sprach der Staatssekretär Dr. Krüger vom preußischen Ministerium für Landwirtschaft über

### Die Siedlungsfrage.

Die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft macht einschneidende Betriebsänderungen notwendig. Ein Teil der Mitteln Großbetriebe ist in einer kritischen Lage und kann die bisherige Betriebsform nicht mehr durchführen. Die Aufstellung in kleinere Stellen oder die genossenschaftliche Besiedlung ist das einzige Mittel, um die landwirtschaftliche Produktion aufrechtzuerhalten. Durch eine erhebliche Verbilligung des Siedlungsverfahrens würden erheblich mehr

Landarbeiter als bisher eine Siedlungsstelle erwerben können. Erhebliche Massen erwerbsloser Industriearbeiter werden dagegen nicht aus Gaud zurückzuführen sein. Die vermehrte Siedlungstätigkeit bringt erfahrungsgemäß auch Beschäftigung für Industrie und Gewerbe. Es heißt den Siedlungsgehabten distrahieren, wenn man davon mehr erwartet, als daß er Landarbeiter unterbringt und damit den Zugang nach der Großstadt eindämmt.

Die Vorträge wurden mit großem Ernst, teilweise unterbrochen durch stürmische Zurufe und Beifallsgeläutungen, entgegengenommen. Ein gewichtiges Maß von Schuld trägt an der katastrophalen Lage die Reichsregierung. Der in letzter Zeit betriebene Wohnbau hat zur Verstärkung der Kaufkraft der Massen und damit zur Verschärfung der Wirtschaftskrisis geführt. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer kennen trotzdem keinen anderen Ausweg als weiteres Aufen nach Lohnbrud. Pflicht der Reichsregierung ist es, dieses Verbrechen an der deutschen Volkswirtschaft einzudämmen.

### Falsche Sparlichkeit.

Die Notwendigkeit, mit den zu knapp gewordenen Mitteln hauszuhalten und das Staatsbudget ins Gleichgewicht zu bringen, führt in Deutschland zu allerhand Sparmaßnahmen. Dieser Zwang zum Sparen entstand als Folge der Kreditkündigungen des Auslandes und der Unmöglichkeit, neue Auslandskredite zu erhalten. Dazu kommt das Bestreben, eine Inflation unter allen Umständen zu verhindern. Die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Gleichgewichts im Budget des Reichs, der Länder und der Kommunen darf jedoch nicht dazu führen, daß in einer Zeit, wo die Privatwirtschaft ihre Anlage-tätigkeit völlig einstellte, selbst die notwendigen öffentlichen Ausgaben unterlassen werden.

Gehr beachtenswert sind die Ausführungen des englischen Nationalökonomes Keynes über die schädlichen Wirkungen einer solchen unfünftigen Spar-maßnahme. Sie beziehen sich zwar nur auf die Frage der Einschränkung der Staatsausgaben in England, können aber auch außerhalb Englands, und nicht allein für das Sparen im Staatshaushalt, Geltung beanspruchen. Keynes wendet sich gegen das Spar-programm der englischen Regierung im neuen Staatsbudget und führt folgendes aus: (siehe „Wirtschaftsdiens“, Heft 38): „Es gibt in dem offiziellen Sparprogramm — mag es nun aus allgemeinen Gründen zu empfehlen sein oder nicht — kaum einen Vorteil, der nicht mit Sicherheit die Arbeitslosigkeit erhöhen, die Geschäftsgewinne herabdrücken und den Steuerertrag vermindern wird, und zwar so sehr, daß nach meiner Berechnung das Budgetdefizit durch Einsparungen in Höhe von 100 Millionen Pfund per Saldo möglicherweise um nicht mehr als 50 Millionen Pfund reduziert wird. Denn wir würden uns gegenständig Sand in die Augen streuen, wenn wir annehmen wollten, daß die fraglichen Ersparnisse ohne jede Rückwirkung auf die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen

oder auf den Ertrag der bestehenden Steuern durchgeführt werden können. Inzwischen liegt man Tag für Tag in der Zeitung, daß die Lokalbehörden den Wind aufnehmen, daß hier der Plan einer neuen Brücke, dort der Plan eines Hospitals oder eines Schulhauses aufgegeben worden ist. Wenn wir jedoch die „Sparlichkeit“ auf allen Gebieten logisch zu Ende führen, so werden wir finden, daß wir das Budget mit einer Einnahme und einer Ausgabe von Null ins Gleichgewicht gebracht haben, während wir alle verbungend auf dem Rücken liegen, weil wir es aus Ersparnisgründen ablehnen, die Dienste unserer Nächsten in Anspruch zu nehmen.“

### So sollst du das Verbandsblatt lesen!

Viele Mitglieder des Verbandes lesen ihr Verbandsblatt nicht so, wie das Blatt es verdient. Viele andere beachten es kaum. Es liegt darin eine gewisse Schwäche des Charakters begründet. Denn das weiß jeder, daß das Blatt ihm gewiß manch Neues und Gutes mit jeder Nummer zu sagen hat, aber es fehlt der Entschluß des Ansehens mit dem Lesen. Es war nun immer so gewesen. Steis war das Verhältnis so lässig. Da nun anders? Die Entschlußkraft fehlt.

Darum, Kollege, der du das Blatt bisher zu wenig betrachtet hast, raffe dich auf! Es ist dies ja oft eine Schwierigkeit, dieses Nichtanfängerkönnen. Auch bei Geistesarbeitern findet man es oft. Aber ist der frische Entschluß erst gefaßt, dann geht es.

Dieses Nichtanfängerkönnen und Nichtanfängerkönnen mit gewerkschaftlicher Lektüre ist ein Kern-übel im proletarischen Bildungswesen der Zeit. Hier Ueberwindung zu schaffen durch den starken Entschluß der Tat; und der gewerkschaftlichen Bewegung werden ungeheure neue Energien gewonnen.

Bei diesem Entschluß des Willensmüllens muß sich jeder natürlich klar sein, daß die Lektüre nicht zum Vergnügen geboten wird. Es ist gerade für kämpfende Menschen so, wie Goethe es einmal ausgesprochen hat: „Du bist über die Kinderjahre hinaus, du mußt also nicht nur zum Vergnügen, sondern zur Besserung deines Verstandes und deines Willens lesen!“

Und dann gibt Goethe das Rezept zum Lesen. „Siehe, du mußt du es machen!“ spricht er. „Nimm ein Stück nach dem anderen in der Reihe, lies es aufmerksam durch, und wenn es dir auch nicht gefällt, lies es doch! Wenn du es gelesen hast, dann stelle Beobachtungen darüber an. Im Anfang wird es dir schwer werden, aber bald wird es leichter gehen wie mit dem Schreiben. Fange damit an, aber bald!“

Darum keine Ausflüchte mehr und keine Bedenkten! Fange an! Entschließe dich! Und lies gründlich! Und eine Welt wird sich dir neu offenbaren. Und du wirst vieles ganz anders sehen und schöner und glaubender. Und du wirst wachsen in dir. Und neue Kräfte wirst du spüren, die heute noch in dir schlummern.

Doch fange an! Fange darum an!

### Wachsende und sterbende Völker.

Von R. Kuczyński.

Vor nunmehr vier Jahren hat das Institute of Economics in Washington eine umfassende Untersuchung über die Fortpflanzung der einzelnen Völker der Erde begonnen. Der erste Band, der West- und Nordbeuropa umfaßt, kam zu folgendem Ergebnis:

„Bei der Fruchtbarkeit und der Sterblichkeit, wie sie in West- und Nordbeuropa im Jahre 1926 herrschten, bringen 100 Mütter nur 93 künftige Mütter zur Welt. Bei der Fruchtbarkeit von 1926 muß die Bevölkerung aussterben, wenn nicht die Sterblichkeit der künftigen Mütter über alles ertönlche Maß hinaus sinkt. Und die Fruchtbarkeit hat ihren Abstieg im Jahre 1927 fortgesetzt.“

In wenigen Tagen wird der zweite Band erscheinen, der Ost- und Südbeuropa behandelt. Er zeigt, daß in allen Ländern, für die Statistiken vorliegen, mit Ausnahme von Rußland, die Fortpflanzung sich wesentlich verlangsam hat und daß in einigen Ländern — Oesterreich, Estland, Lettland — eine eigentliche Reproduktion ebenso wenig mehr stattfindet wie in Deutschland oder England. Wir geben hier das Schlußkapitel dieses Bandes wieder:

#### Zusammenfassung.

Osteuropa. Vor einem Menschenalter (1896 bis 1897) wurden in Rußland durchschnittlich sieben Kinder von je einer (verheirateten oder unverheirateten) Frau geboren, die das gebärfähige Alter durchlebte. Da aber die Sterblichkeit sehr hoch war, brachten 100 Mütter nur 165 künftige Mütter zur Welt. Dreißig Jahre später (1926 bis 1927) trafen durchschnittlich nur 5,6 Geburten auf je eine Frau, die das gebärfähige Alter durchlebte. Da aber die Sterblichkeit inzwischen stark abgenommen hatte, lebten 100 Mütter mindestens ebenso viele künftige Mütter in die Welt wie vor einem Menschenalter.

Südosteuropa. Zu Beginn dieses Jahr-

hunderts entfielen in Bulgarien durchschnittlich 6,7 Geburten auf je eine Frau, die das gebärfähige Alter durchlebte; in Serbien und in Kroaten-Slawonien 5,5 bis 5,7. Je 100 Mütter brachten in Bulgarien 188 künftige Mütter zur Welt, in Serbien 161, in Kroaten-Slawonien 142. Nach Maßgabe der Fruchtbarkeit von 1929 trafen in Bulgarien nur noch 3,9 Geburten auf je eine Frau, die das gebärfähige Alter durchlebte, und 100 Mütter setzten nur noch 129 künftige Mütter in die Welt. Bulgarien, das vor einem Menschenalter die stärkste Netto-reproduktion von allen Ländern der Welt, für die die einschlägigen Verhältnisse bekannt sind, hatte, ist West- und Nordbeuropa auf seinem Abstiege gefolgt. Die vorhandenen Statistiken erbringen keinen Beweis für eine ähnliche Entwicklung in anderen Ländern Südosteuropas, aber diese Statistiken sind zu unzulänglich, um ein endgültiges Urteil zu fällen.

Zentraleuropa. Zu Beginn dieses Jahrhunderts war die Reproduktion der Bevölkerung Zentraleuropas ebenso stark wie in den fruchtbareren Ländern West- und Nordbeuropa, aber nicht ganz so stark wie in Ost- und Südosteuropa. Etwa 5,2 Geburten entfielen auf eine Frau, die das gebärfähige Alter durchlebte. Je 100 Mütter setzten etwa 144 künftige Mütter in die Welt. Im Laufe des letzten Menschenalters hat sich die Reproduktion überall in Zentraleuropa verlangsam, allerdings nicht überall in gleichem Grade. Obwohl sich die Verhältnisse im Fluß befinden, dürfte es zweckmäßig sein, drei Gruppen von Ländern zu unterscheiden:

1. In Polen, Litauen und den östlichen Provinzen der Tschechoslowakei treffen durchschnittlich fast 4 Geburten auf eine Frau, die das gebärfähige Alter durchlebte. Je 100 Mütter setzten etwa 130 künftige Mütter in die Welt.

2. In Ungarn treffen durchschnittlich fast 3 Geburten auf eine Frau, die das gebärfähige Alter durchlebte. Da aber die Sterblichkeit dort noch mehr gesunken ist als die Fruchtbarkeit, setzen je 100 Mütter

immerhin etwa 120 künftige Mütter in die Welt.

3. In Oesterreich, den westlichen Provinzen der Tschechoslowakei (Böhmen, Mähren, Schlesien), Estland und Lettland treffen durchschnittlich etwa 2 Geburten auf eine Frau, die das gebärfähige Alter durchlebt. In jedem dieser Gebiete setzen 100 Mütter weniger als 100 künftige Mütter in die Welt. Die Verhältnisse sind hier etwa die gleichen wie in West- und Nordbeuropa. Wenn die Fruchtbarkeit nicht wieder steigt, muß die Bevölkerung aussterben, gleichviel welchen Verlauf die Sterblichkeit nimmt.

Südwesteuropa. Die Reproduktion der Bevölkerung Südwesteuropas war vermutlich niemals sehr stark. In Spanien treffen durchschnittlich fast 4 Geburten auf eine Frau, die das gebärfähige Alter durchlebte. In Italien ist diese Zahl auf 3,4 oder 3,3 gesunken. Auch hier reproduziert sich die Bevölkerung noch, aber in gemäßigtem Tempo.

Die Zeiten sind vorüber, wo in einem Gebiete wie der Ukraine durchschnittlich 7,5 Kinder von je einer (verheirateten oder unverheirateten) Frau, die das gebärfähige Alter durchlebte, geboren wurden. Aber es sind in Rußland immer noch etwa 5,5, und wenn die Fruchtbarkeit und die Sterblichkeit, wie sie 1923 in Rußland herrschten, konstant blieben, wird die Bevölkerung dauernd um jährlich etwa 1,8 Proz. zunehmen. Außerhalb Rußlands scheint kein Land mehr in Europa über durchschnittlich 4 Geburten auf je eine Frau aufzuweisen; in einigen Ländern beträgt der Durchschnitt nur noch 2, d. h. ebenso wenig wie in West- und Nordbeuropa. Selbst in Bulgariendessen Bevölkerung, wenn Fruchtbarkeit und Sterblichkeit dauernd die gleichen geblieben wären wie 1901 bis 1910, um jährlich 2 Proz. anwachsen würde, beträgt die Zunahme nach Maßgabe der gegenwärtigen Fruchtbarkeit und Sterblichkeit nur noch 0,9 Proz. Und für einige Länder, wie Oesterreich und Estland, ergibt sich unter Zugrundelegung der Fruchtbarkeit und Sterblichkeit von 1923 eine ähnliche Abnahme von 0,8 Proz.

Abgeordnetenwahl in Hamburg.

Am Sonntag, dem 27. September, fand in Groß-Hamburg die Bürgerchaftswahl statt. Die allgemeine Wirtschaftslage und die Empörung weiter Volksteile über den brüderlichen Lohn- und Gehaltsabbau haben zu einer weiteren Stärkung der radikalen Flügelparteien auf Kosten sämtlicher anderen Parteien geführt. Nachstehend bringen wir das Wahlergebnis und zum Vergleich die Zahlen von den letzten Wahlen.

Table with 3 columns: Party Name, 27. Sept. 1931, 19. Febr. 1928, 14. Sept. 1930. Rows include Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Staatspartei, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Zentrum, Christlich-sozialer Volksdienst.

Die Oppositionsparteien rechts und links haben im neuen Hamburger Parlament die Mehrheit. Da sie sich nicht zu einer Regierungsbildung zusammenfinden werden, bleibt trotz Neuwahl die Frage offen, wie sich das Schicksal des Freistaates Hamburg in den nächsten Jahren gestalten wird.

11. Oesterreichischer Gewerkschaftskongress.

Vor drei Jahren haben die Oesterreicher die Umwandlung der im Jahre 1882 gegründeten Gewerkschaftskommission in den Bund der freien Gewerkschaften beschlossen. Diese neue Organisation hatte nunmehr den Nachweis zu liefern, inwieweit sie sich unter den schwierigen Verhältnissen der letzten Jahre bewährt hat. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes, der dem Gewerkschaftskongress vorlag, gibt Aufschluss über alle Versuche, die zur Verbesserung der Lage der Arbeiter unternommen wurden und über die zahlreichen Aktionen, um Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterschaft abzuwehren.

Der Heimwehrputsch hat den Oesterreichischen Arbeitern den Haß der Gegner gegen die organisierte Arbeiterschaft vor Augen geführt und ihr gezeigt, daß dauernd höchste Abwehrbereitschaft geboten ist. Die nachdrückliche Kritik und Arbeitslosigkeit drücken sich natürlich im Rückgang der Mitglieder aus. Dem Versuch der Unternehmer, gelbe Gewerkschaften zu gründen, ist kein großer Erfolg beschieden. In der Debatte nahm die Notwendigkeit der Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte zu größeren Organisationsgebilden sowie die Vereinigung der Gewerkschaftspresse einen großen Raum ein.

Das Referat über die wirtschaftliche und politische Lage erstattete Dr. Renner. Er wies auf die Enttarnungsgründe der gegenwärtigen Krise hin und zeigte die internationalen Ursachen auf, die auch eine internationale Bekämpfung notwendig machen. Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Arbeiterinternationale hätten ja auch schon einige wichtige Vorschläge, vor allem den der 40-Stunden-Woche, vorgebracht. Scharf wandte sich Dr. Renner gegen die Versuche, durch Lohnkürzungen die Krise zu bekämpfen und zeigte, daß durch solches Vorgehen die Krise nur verschärft wird. Wenn auch die Bekämpfung der Krise nur international vor sich gehen könne, so müsse man doch auch im nationalen Maßstab alles tun, um die Leiden zu lindern. Staatskontrolle und Gemeinwirtschaft seien die einzigen Mittel, der kapitalistischen Anarchie ein Ende zu bereiten.

Huppert sprach über die soziale Gesetzgebung. In diesem Zusammenhang betonte Dr. Renner die Forderungen, die in dem Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei aufgestellt wurden (siehe Pressebericht Nr. 34). Nach einer kurzen Debatte sprach Huppert über die soziale Gesetzgebung. Er wies scharf alle Angriffe auf die schwer erkämpfte soziale Gesetzgebung zurück und zeigte, daß ein Abbau der Sozialgesetzgebung die Krise keineswegs mildern, sondern im Gegenteil noch verschärfen würde.

Dann folgte eine Ehrengabe für den zurückgetretenen Vorsitzenden Hueber, der zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde. Außerdem wurde zu seinen Ehren die Errichtung einer Anton-Hueber-Stiftung beschlossen, aus deren Ertrag Gewerkschaftern die Möglichkeit geboten werden soll, im Auslande fremde Sprachen zu erlernen, um in der Gewerkschaftsinternationale sein zu können.

Das Referat über die Arbeitslosigkeit erstattete Schorsch. Er wies daraufhin, daß es sich bei der heutigen Krise um eine Krise des kapitalistischen Systems handle, die nicht mehr mit kapitalistischen Mitteln zu bekämpfen sei. Alle Menschen müßten erkennen, daß diese Wirtschaftsordnung nicht mehr möglich ist. Aber bis das erreicht ist, müßten Maßnahmen getroffen werden, um das Ärgste Elend zu mildern. Arbeitszeitverkürzung, Verbot des Doppelverdienstes, Ausdehnung und nicht Abbau der Arbeitslosenunterstützung, das seien jetzt die notwendigsten Maßnahmen zum Schluß polemisierte Schorsch gegen die Pläne der Oesterreichischen Regierung eines weiteren Abbaues der ohnehin unzureichenden sozialen Unterstüßungen.

Nach einstimmiger Annahme der Wahlvorschläge hielt Janecel das Schlußwort, in welchem er nochmals auf die Notwendigkeit der endgültigen Liquidierung der Heimwehrgesfahr hinwies und die Arbeiterschaft zur Kampfbereitschaft aufrief.

Der neue Bundesvorstand legt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitzender, Janecel, Stellvertreter Schorsch, König, Pic.

Entschließungen des Gewerkschaftskongresses in Frankfurt a. M.

II.

Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts.

Das kollektive Arbeitsrecht ist die der heutigen Entwicklung der Arbeiterschaft allein entsprechende Rechtsform. Sicherung und Ausbau des kollektiven Arbeitsrechts ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften, die, gestützt auf die geschlossene Macht der Arbeiterschaft, erfüllt werden muß.

Die Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes bedeutete einen großen Fortschritt für die Vereinheitlichung und die Durchführung des Arbeitsrechts. Die Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden hat jedoch die berechtigten Erwartungen der Arbeiterschaft nur zum Teil erfüllt.

Der weitgehende Schutz der wirtschaftlichen Vereinigungsfreiheit im Art. 159 der Reichsverfassung hat in der Rechtsprechung keine ausreichende Anerkennung gefunden. Die Anerkennung der Tariffähigkeit der Werksvereine und der Arbeitnehmergruppe des Bommersener Landbundes bedeutet eine Verkennung des Sinnes der Vereinigungsfreiheit und der Tariffähigkeit.

Dagegen muß die Tariffähigkeit auch für wirtschaftliche Verbände gefordert werden, die nicht einzelne Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, sondern Vereinigungen zu Mitgliedern haben, sofern diese wirtschaftlichen Verbände auf Grund ihrer Satzungen Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln können.

Ebenso stellt die durch die Rechtsprechung anerkannte Zulässigkeit der Nichtzahlung des Tariflohnes wegen Verhweigens der Gewerkschaftszugehörigkeit und der Entlassung wegen des Anspruchs auf Tariflohn im Ergebnis eine Einengung der verfassungsmäßig gewährleisteten Vereinigungsfreiheit dar.

Zur unbedingten Sicherung der Tarifverträge fordert der Kongress eine sofortige Ergänzung der Tarifvertragsordnung, wonach jeder Verzicht auf tarifliche Rechte unter allen Umständen als rechtsunwirksam gilt. Ferner fordert der Kongress, daß auch der nachträgliche Verzicht auf tarifliche Rechte unter allen Umständen als rechtsunwirksam gilt. Die Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen ist so zu beschleunigen, daß alle Umgehungsversuche dadurch rechtlich ausgeschlossen werden.

In der grundsätzlichen Frage des Schlichtungswesens bekräftigt der Kongress erneut die Auffassung der Gewerkschaften, daß die Schlichtung eine staatspolitische Aufgabe ist und daß der von der Arbeiterschaft erstrebte soziale demokratische Staat die Pflicht hat, bei der Schaffung von Tarifverträgen Hilfe zu leisten. Die Gewerkschaften erstreben in erster Linie den Abschluß von Tarifverträgen durch freie Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Verbänden. Gegen den systematischen Lohnabbau mit Hilfe des Schlichtungswesens und gegen die Eingriffe in das Tarifrecht durch die Reichsregierung mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung erhebt der Kongress den schärfsten Protest. Diese Eingriffe haben sich ausnahmslos gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Sie sind außerdem nicht mit der Notlage des Reiches zu begründen. Die Tarifverträge hätten ihren Sinn verloren, wenn sie in der Krise auf Grund gesetzlicher Eingriffe nicht weitergelten sollen.

Mit Nachdruck fordert der Kongress den Ausbau des Arbeitsrechts. Die Vereinheitlichung des Arbeitsvertragsrechtes und die Erweiterung des Arbeitszugeses muß endlich mit dem ernststen Willen baldiger gesetzlicher Neuregelung in Angriff genommen werden.

Im Berufsausbildungsgebiet ist der Vorrang des Tarifvertrages einseitig sicherzustellen und die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Regelung der Berufsausbildung zu gewährleisten.

Weiter fordert der Kongress erneut den gesetzlichen Urlaubsanspruch von mindestens zwölf Tagen für die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen und mindestens achtzehn Tagen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter Weiterzahlung des Lohnes. Er fordert ferner den gelegentlichen Urlaubsanspruch

von 14 Tagen für alle Arbeiter unter Weiterzahlung des Lohnes. Dabei ist durch Einbeziehung der Mitwirkung der Gewerkschaften Vorzuziehen zu treffen, daß dieser Rechtsanspruch unabhängig von einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses gegeben ist.

Der Kongress spricht den Betriebsräten erneut den Dank der Arbeiterschaft aus. Unter schwierigen Verhältnissen haben sie im Interesse der Arbeiterschaft selbstlos und mit Erfolg ihre Pflicht getan. Die Gewerkschaften werden sich auch weiterhin mit aller Kraft für den Ausbau des Mitbestimmungsrechtes und für weitgehende Sicherung der Betriebsvertretungsmittel einsetzen.

Arbeitsbeschaffung.

Der internationale Charakter der heutigen Krise erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muß eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden.

Der Kongress beauftragt daher den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.

Beschlagnahme des Arbeitslohnes.

Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt am Main beschließt: Der Bundesvorstand soll die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ersuchen, dahin zu wirken, daß die ergänzende Verordnung vom 27. Februar 1928 (RGBl. I 45) zum Gesetz, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes, über den 31. Dezember 1931 in Kraft bleibt.

Der Gewerkschaftskongress hält den pfandfreien Betrag von 45 Mk. in der Woche als die gegebene Grenze.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Breslau. Am 23. September beschäftigte sich eine Branchenversammlung der Lederwarenindustrie mit dem loebten neu abgeschlossenen Mantelvertrag für die Provinz Schlesien.

Nach dem Bericht des Gauleiters, dem Kollegen Gehring, werden unsere Kollegen in Zukunft schon nach halbjähriger Arbeitslosigkeit ihre alten Rechte aus dem früheren Arbeitsverhältnis verlieren, während sie bisher ein volles Jahr gesichert blieben. Im übrigen bringt der neue Vertrag für Breslau keine Nachteile.

An der Aussprache wurde scharf kritisiert, daß trotz riesiger Erwerbslosigkeit in der Kofferbranche, der Staat in seinen Strafanstalten Betriebe dulde und fördere, die durch den Einfluß eines großen und billigen Produktionsapparates die freien Arbeiter empfindlich schädige, ohne den Gefangenen je späteres Fortkommen zu erleichtern; denn es sei ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit die Erwerbslosigkeit in der Kofferbranche sich wesentlich lenke. Der geringe Verdienst der Gefangenen und die damit verbundene finanzielle Entlastung des Staates stehe in keinem Verhältnis zu den Summen, die auf der anderen Seite für die Unterstüßung der erwerbslos gewordenen Arbeiter ausgezahlt werden müßten. Das überaus billige Angebot der in Frage kommenden Firmen vererbe obendrein die Preise am Absatzmarkt und gefährde damit auch den Bestand unserer Tarifverträge, wie die Begründung der Arbeitgeber anlässlich der Kündigung des Mantelvertrages beweiße. Alle verfügbaren und erfolgversprechenden Mittel müßten darum eingesetzt werden, um dem Uebel zu steuern.

Eine lebhafteste Debatte verwaltungstechnischer Art brachte durch das vermittelnde Eingreifen des Gauleiters die notwendige Klärung.

Entrüstung stammte auf, als berichtet wurde, wie der Arbeitgeber Kenjan einen 24jährigen, körperlich stark behinderten Kollegen mißhandelte. Besch und Bildung sind eben verschiedene Begriffe und die Nerven dieser streitbaren Männer vertragen eigenartigerweise immer erst nach gewissenhafter Prüfung, ob das auch ohne Gefährdung der eigenen Sicherheit geschehen kann. Die Disziplinierung wird der Sache nachgehen und ist somit das letzte Wort hierzu noch nicht gesprochen.

Nach Bekanntgabe einiger wichtiger Mitteilungen wurde die Versammlung vom Kollegen Daum geschlossen. A. K e m m.

Der Bauführer Wieske sollte ein großes Gebäude auführen. Als das Kriegergebäude ein paar Tage stand, brachte es mit gewaltigem Lärm und unter großem Staubaufwirbeln zusammen. Als die Kommission kam und sich das Trümmerfeld beschah, schüttelten die Herren die Köpfe und sagten zu dem Bauführer Wieske:

„Na, herr, seien Sie mal ehrlich: Sie sind gar kein Bauführer, Sie sind — Wirtschaftsführer, wie?“ „Der Wahre Jacob“.

